

1) Entlastungspakete helfen Erwerbstätigen und Menschen in Grundsicherung spürbar, Schieflage bei Rentner*innen

Hans-Böckler-Stiftung

Aktualisierte Berechnungen des IMK Entlastungspakete helfen Erwerbstätigen und Menschen in Grundsicherung spürbar, Schieflage bei Rentnerinnen und Rentnern Die starken Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln belasten insbesondere Familien mit niedrigeren Einkommen stark. Zugleich bewirken aber auch die beiden von der Bundesregierung beschlossenen Entlastungspakete für diese Haushalte einiges, vorausgesetzt beide Elternteile sind erwerbstätig.

Link: <https://idw-online.de/de/news798017>

2) Umfangreiche Datenanalyse - Wann ist man arm, wann reich? Neue Studie überprüft gängige Definitionen empirisch

Hans-Böckler-Stiftung

Wo beginnt Armut, wo Reichtum? Weil die gängigen Definitionen immer wieder kritisiert werden, haben Forscherinnen die Grenzen neu vermessen. Die empirischen Ergebnisse ihrer neuen, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie liegen nahe an den bisher geltenden Schwellen.*

Link: <https://idw-online.de/de/news797925>

3) Noch Luft nach oben

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Erstmals liegen Zahlen zur akademischen Pflegeausbildung vor Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat in einer Sondererhebung zum Monitoring zur Umsetzung der beruflichen und der hochschulischen Ausbildung in der Pflege erstmalig Ergebnisse zur Situation der hochschulischen Pflegeausbildung veröffentlicht. Deutlich wird: Die Zahlen der Studierenden in der Pflege steigen nur marginal – und es sind weitere Maßnahmen nötig, um das Pflegestudium attraktiver zu machen.

Link: <https://idw-online.de/de/news797691>

4) 12 Euro Mindestlohn betreffen mehr als jeden fünften Job

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Die von der Bundesregierung beschlossene Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro pro Arbeitsstunde betrifft insgesamt rund 22 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse, ausgehend von der Entlohnung im Jahr 2021. Das sind etwa doppelt so viele wie bei der Mindestlohneinführung im Jahr 2015, wie eine am Dienstag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt.

Link: <https://idw-online.de/de/news797830>

5) BAuA ermittelt Forschungsstand zu Sicherheit und Gesundheit in Logistik-Lieferketten

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Die Digitalisierung und die damit verbundenen Möglichkeiten der vernetzten Zusammenarbeit verändern die Arbeitswelt. Eine Folge davon ist die zunehmende Fragmentierung von Produktionsprozessen mit direkten Auswirkungen auf die Logistikbranche. Das jetzt von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) veröffentlichte Review zu „Sicherheit, Gesundheit und Präventionskultur in Logistik-Lieferketten“ beschreibt literaturbasiert den aktuellen Forschungsstand bezüglich Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz in der Logistikbranche in Deutschland und den europäischen Nachbarstaaten.

Link: <https://idw-online.de/de/news797838>

6) Pflege-Thermometer 2022 zur Situation in der häuslichen Intensivversorgung veröffentlicht

Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V.

Das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung e.V. (DIP) hat mit dem Pflege-Thermometer 2022 die bislang größte Befragung im Feld der häuslichen Intensivversorgung durchgeführt. Insgesamt wurden Daten von fast 700 Teilnehmenden aus dem Versorgungsbereich erhoben, die nicht selten dauerhaft auf die Unterstützung angewiesen sind. Ermittelt wurden Aspekte der Betreuung, Teilhabe und Lebenswirklichkeit von Menschen mit häuslichem Bedarf an intensivpflegerischer Versorgung sowie die Perspektive von Pflegenden und Einrichtungsleitungen.

Link: <https://idw-online.de/de/news798128>

7) Mehr als 100.000 Fachkräfte fehlen für eine gute Ganztagsförderung von Grundschulkindern bis 2030

Bertelsmann Stiftung

Die Bundesländer sind sehr unterschiedlich vorbereitet, wenn es um die Umsetzung des Rechtsanspruchs zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter geht. Neue Berechnungen zeigen, dass die ostdeutschen Länder bis zum Jahr 2030 jedem Kind einen Platz in der Ganztagsbetreuung bieten können und sich daher auf Qualitätsverbesserungen konzentrieren sollten. Im Westen müssen mehr als eine Million Plätze geschaffen werden, um den Rechtsanspruch flächendeckend zu erfüllen.

Link: <https://idw-online.de/de/news797843>

8) Universitäten in der HRK legen Diskussionsvorschlag zur Weiterentwicklung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vor

Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Weitere Maßnahmen notwendig Die Mitgliedergruppe Universitäten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat in ihrer Klausurtagung in Berlin Vorschläge zur Weiterentwicklung des Wissenschaftszeitvertrags-gesetzes (WissZeitVG) verabschiedet und ergänzende Maßnahmen angemahnt. Ziel der Diskussionspapiers ist es, die Planbarkeit und Verlässlichkeit wissenschaftlicher Karrierewege so zu verbessern, dass Beschäftigte in Rahmen ihrer Qualifizierung, die die Promotion und eine erste Postdoc-Phase umfasst, früher als nach geltendem Recht Sicherheit erhalten, ob eine Dauerbeschäftigung in der Wissenschaft aussichtsreich ist.

Link: <https://idw-online.de/de/news798001>

9) Datenreport Geschlechtergleichstellung in Hochschulgremien

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Fast 40 Prozent der Senatsmitglieder und der Mitglieder in Hochschulräten sind inzwischen Frauen. Dagegen sind Frauen bei der Leitung von Fakultäten und Hochschulen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Dies geht aus dem Datenreport Geschlechtergleichstellung in Hochschulgremien hervor.

Link: <https://idw-online.de/de/news797813>

10) Studie zeigt Wege für mehr Mädchen in der Informatik

Gesellschaft für Informatik e.V.

Noch immer ist der Anteil an Mädchen und Frauen in der Informatik gering. Warum das so ist – und was dagegen getan werden kann, zeigt eine Studie, die sich mit den Teilnehmenden der Bundesweiten Informatikwettbewerbe befasst hat. Die wichtigsten Empfehlungen: möglichst früh Berührungspunkte zur Informatik schaffen, Selbstwert- und Gemeinschaftsgefühl stärken, Vorbilder schaffen und Stereotype brechen.

Link: <https://idw-online.de/de/news797914>

11) Das Neun-Euro-Ticket: Eine Chance für Menschen in Armut. Verkehrswissenschaftler der TU Hamburg führen Befragung durch

Technische Universität Hamburg

Seit dem 1. Juni können Fahrgäste bis Ende August für neun Euro im Monat bundesweit auf allen Strecken und in allen Verkehrsmitteln des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) reisen. Das verlockende Angebot hat auch seine Schwachstellen. So die Einschätzung von Christoph Aberle, Doktorand und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Verkehrsplanung und Logistik an der Technischen Universität Hamburg. Dort erforscht er den Zusammenhang von sozialer Exklusion und Mobilität. Mit einer qualitativen Befragung in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Verkehrsverbund (hvv) möchten er und sein Team herausfinden, welche Auswirkungen das kurzfristige Angebot auf einkommensschwache Menschen hat.

Link: <https://idw-online.de/de/news797542>

12) Kommunikation in der Corona-Krise: Klassische Medien spielten zentrale Rolle - Studie der Universität Leipzig

Universität Leipzig

Kommunikationswissenschaftler:innen der Universität Leipzig haben unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Pieter Hoffmann die Krisenkommunikation in Zeiten der Covid-19-Pandemie untersucht. In Auftrag gegeben wurde die gerade veröffentlichte Studie vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS). Die Forschenden analysierten von Ende 2020 an ein Jahr lang unter anderem, welche Kanäle Expert:innen wie Epidemiologen nutzten, um ihre neuen Erkenntnisse zu veröffentlichen sowie die Reaktionen darauf. Andererseits erforschten sie, wie sich die breite Öffentlichkeit über die Entwicklung der Corona-Krise informierte und welche Rolle dabei die Sozialen Medien spielten.

Link: <https://idw-online.de/de/news797490>

13) Mehr Anträge zu erwarten: SVR-Policy Brief zu Einbürgerung von Flüchtlingen

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR)

Die Integration der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien ist gut vorangeschritten. Dies wird auch an deutlich steigenden Einbürgerungszahlen sichtbar. Mit Hilfe verschiedener Projektionsmodelle hat der wissenschaftliche Stab des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR) die Zahl der Einbürgerungen bis 2028 geschätzt. Demnach müssen sich Politik und Verwaltung in Ländern und Kommunen auf erheblich mehr Anträge einstellen. Um Antragsstau und Frustration zu vermeiden, sollten die Einbürgerungsbehörden personell besser ausgestattet werden und Investitionen in Digitalisierung und Beratung angehen; der Bund sollte die Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht aktualisieren.

Link: <https://idw-online.de/de/news797515>